

Klaus Busch/Joachim Bischoff/Hajo Funke
Rechtspopulistische Zerstörung Europas?

Klaus Busch ist Professor (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di. 2016 veröffentlichte er zusammen mit Axel Troost, Gesine Schwan, Frank Bsirske, Joachim Bischoff, Mechthild Schrooten und Harald Wolf bei VSA: »Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union«.

Joachim Bischoff ist Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus. 2018 veröffentlichte er zusammen mit Dieter Sauer, Ursula Stöger, Richard Detje und Bernhard Müller bei VSA: »Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche«.

Hajo Funke ist Professor (i.R.) an der Freien Universität Berlin. 2018 erschien von ihm zusammen mit Christiane Mudra bei VSA: »Gäriger Haufen. Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel und völkische Radikale. Handreichung zum demokratischen Widerstand«.

Klaus Busch/Joachim Bischoff/Hajo Funke

Rechtspopulistische Zerstörung Europas?

Wachsende politische Instabilität
und die Möglichkeiten einer Kehrtwende

www.vsa-verlag.de

Für wertvolle Anregungen danken die Autoren Wolfgang Greif (Wien),
Udo Rehfeldt (Paris) und Volker Telljohann (Bologna).

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Internationale Rechtspopulisten treffen sich in Koblenz, Januar 2017 (dpa)

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-778-4

Inhalt

Einleitung	9
-------------------------	---

Teil 1:

Die Eurokrise als Hintergrund für den Aufschwung des Rechtspopulismus	18
----------------------------------------------------------------------------------------	----

1. Die ökonomischen und sozialen Folgen der Austeritätspolitik	18
----------------------------------------------------------------------	----

Die ökonomische Dimension	19
---------------------------------	----

Die soziale Dimension	23
-----------------------------	----

2. Die Strukturprobleme der Wirtschafts- und Währungsunion	25
------------------------------------------------------------------	----

3. Die wirtschaftspolitischen Reformvorschläge	26
------------------------------------------------------	----

 Macrons Skizze einer Reform von EU und Euro:

Die Sorbonne-Rede	30
-------------------------	----

Die Vorschläge der EU-Kommission vom Dezember 2017	32
----------------------------------------------------------	----

Zur Kritik der Vorschläge zur Reform der WWU seit dem Frühjahr 2017	34
------------------------------------------------------------------------------	----

4. Die sozialpolitischen Reformvorschläge	36
-------------------------------------------------	----

Zusammenfassung der Kritik an den Kommissionsvorschlägen zur sozialen Dimension der Integration	41
----------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Teil 2:

Das Versagen der EU in der Flüchtlingskrise – von der »Willkommenskultur« bis zur rechtsnationalistischen »Festungspolitik«	43
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

1. Die Ursachen der Flucht	45
----------------------------------	----

2. Die Zuspitzung der Flüchtlingskrise 2015/2016	46
und das EU-Türkei-Abkommen	46

Das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik (Juli bis September 2015)	46
----------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Die Willkommenskultur bröckelt (Oktober bis Dezember 2015)	47
Ausbau der »Festung Europa« (Januar bis Sommer 2016)	48
3. Umbau der Türkei in eine Autokratie und Implementierung des EU-Türkei-Abkommens	50
4. Der nächste Bauabschnitt der Festung Europa: Libyen und Nordafrika	53
5. Wachsende Stimmung gegen Flüchtlinge in den EU-Staaten – die rechtsnationalistische Abschirmungspolitik wird hoffähig	56
6. Die Flüchtlingskrise als Schwungrad des Rechtspopulismus	60

Teil 3:

Die Entwicklung des Rechtspopulismus in fünf EU-Staaten: Italien, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Deutschland

63

1. Italien – Variantenreichtum des Populismus	63
1.1 Die sozioökonomischen Probleme Italiens	64
1.2 Die Entwicklung der populistischen Bewegungen seit der Krise des alten Parteiensystems (»Pentapartito«)	71
1.3 Varianten des Populismus	81
1.4 Die Parlamentswahlen im März 2018	82
2. Frankreich – Auflösung des bipolaren Parteiensystems	85
2.1 Die sozioökonomische Entwicklung	85
2.2 Das politische System	89
2.3 Einwanderung und Migration – die »Banlieues« als soziale Brennpunkte und der Dschihadismus	94
2.3 Der Front National	98
2.4 Die Präsidentschaft Emmanuel Macrons	105
3. Niederlande: Ruttes Nationalismus, Wilders' Einfluss	110
3.1 Parteipolitische Fragmentierung und Angst vor Einwanderung	111
3.2 Erosion des Poldermodells, Deregulierung des Arbeitsmarktes und (Teil-)Privatisierung der Alterssicherung	114
3.3 Einwanderung als Anlass und Katalysator	121

3.4 Aufstieg des Rechtspopulismus. Ethno-nationalistische Verschiebung der Mentalitäten und Mobilisierung	124
3.5 Die parlamentarische Willensbildung – Ist ein Neuanfang möglich?	132
4. Österreichs »Feschismus« seit Haider – vom Ende der 2. Republik	134
4.1 Rechtspopulistische Hegemonie in der schwarz-blauen Koalition	134
4.2 Der lange Aufstieg der »Freiheitlichen« zur kulturellen Hegemonie. Kontinuität aus dem Deutsch-Nationalismus	142
4.3 Die Entfesselung des Ressentiments	146
4.4 Ausblick: Das absehbare Ende des Konkordanz-Systems	152
4.5 ... und rechtspopulistische Dominanz – Fazit	154
5. Deutschland – durchbrochener Konsens der Demokratie	156
5.1 Die Neue Rechte im Bundestag	156
5.2 Die rechtspopulistische Dynamik und ihre ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen in Deutschland	156
5.3 Der Sündenfall als rechtspopulistisches Entrée: Thilo Sarrazin im Kontext der Welt-Finanzkrise	168
5.4 Mehrstufiges Radikalisierungsangebot der AfD	171
5.5 Deutsche Besonderheit: Radikalisierung in die Gewalt	175
5.6 Fazit	178
5.7 Konsequenzen: Sozial und Proeuropäisch – Abgrenzung gegen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus	180
6. Erklärungsfaktoren des Rechtspopulismus in den fünf EU-Staaten und die wachsende politische Instabilität in Europa	182
6.1 Aufwärtsentwicklung des Rechtspopulismus in Italien, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und Deutschland ...	183
6.2 Zunehmende politische Instabilität in einigen Mitgliedstaaten	189

Teil 4:

Entwicklungspfade für die EU –

Zerstörung oder Stabilisierung? 193

1. Der Prozess der Re-Nationalisierung – Zerstörung von Eurozone
und EU 194

2. Das Konzept der Stabilisierung von Eurozone und EU 199

Der Sprung nach vorne: Supranationalisierung mit einem neuen
europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell 199

Ein politisch-kultureller Minimalkonsens zur Stabilisierung
von Euro und EU 202

Ausblick 207

Dem Rechtspopulismus mit einem radikalen Alternativprogramm
entschieden entgegnetreten 209

Literatur 210

Einleitung

In weiten Teilen Europas haben rechte Bewegungen und Parteien in den letzten Jahren einen beachtlichen Zulauf und eindrucksvolle Wahlerfolge zu verzeichnen. In den meisten europäischen Ländern sind sie seit Jahren zu einem Bestandteil des politischen Systems geworden. Rechtspopulistische Parteien können nicht mehr als nationale Besonderheit oder vorübergehendes Protest- oder Randphänomen verniedlicht werden. In der seit längerem in Gang befindlichen Transformation der politischen Systeme ist die Veränderung der Parteienlandschaft und im Besonderen die Herausbildung von rechtspopulistischen Akteuren eine wesentliche Komponente. Inzwischen, im Frühjahr 2018, sind die rechtspopulistischen und rechtsradikalen Bewegungen so stark, dass sie in Kernländern der Eurozone die Parteiensysteme verändern und zu einer wachsenden politischen Instabilität beitragen. Sie gefährden, wird ihnen nicht Einhalt geboten, die Existenz Europas, nicht nur des Euroraums.

1. Globalisierung und besondere Belastungen im Euro-Raum

Die Phänomene, auf die der Rechtspopulismus reagiert, finden sich in unterschiedlicher Weise in einer Vielzahl westlicher Länder. In *Wut auf die Eliten* schreibt Helmut Anheier (2017), dass es mehrere Wahrnehmungen sind, die zu einem Verlust des Westens an Einheit und Kohärenz beigetragen haben. Da ist der *liberale Marktkapitalismus*, der in den »goldenen« 1990er Jahren in einer angeblich posthistorischen Periode als einziges Modell nach dem Scheitern des Kommunismus übrig geblieben zu sein schien – und dieses Modell brach mit der globalen Finanzkrise 2008 zusammen. Da ist das Versagen der Wirtschafts- und politischen Eliten in der Mehrheit der kapitalistischen Länder. Als Hüter der Gesellschaften haben sie sich zu sehr auf ihre eigenen Interessen bezogen und begonnen, ihre moralische Autorität zu verlieren. Anheier datiert diesen Prozess auf das letzte Vierteljahrhundert, vor allem aber auf den Zusammenbruch der scheinbar sicheren neuen Weltordnung nach 1990 in der Großen Krise 2008/2009. Die Finanzkrise wurde zum größten wirtschaftlichen Stresstest seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren und zur größten Herausforderung für die sozialen und politischen Systeme, die nur begrenzt bewältigt

wurden, vor allem durch Sparmaßnahmen, steigende Arbeitslosigkeit und eine Reduktion der Sozialversicherungssysteme. Diese Finanzkrise hat die »neoliberale Agenda« infrage gestellt und war doch im bundesdeutschen Wahlkampf 2009 zum Beispiel kein Thema. Das politische Establishment der westlichen Staaten hat es versäumt, nach 2008 eine neue soziale Balance herzustellen und sich mit der anschwellenden immensen Unzufriedenheit in ihren Gesellschaften auseinanderzusetzen.

Die Zweifel an den versprochenen positiven Effekten der Globalisierung und der Europäisierung haben zum schnellen Anstieg reaktionärer, zum Teil völkischer ethnonationalistischer Bewegungen geführt. In den Kernländern der Eurozone profitieren neue Parteien, wie die AfD, davon, dass die Bürger*innen nicht mehr »Zahlmeister« für »reformunwillige« Peripherieländer sein wollen. Der Frust über die Euromisere mischt sich mit dem Unbehagen an der Globalisierung und etlichen Erscheinungsformen des finanzgetriebenen Kapitalismus. Die wachsende soziale Polarisierung, das Gefühl, dass sich Anstrengung nicht mehr lohnt und die Zukunftsperspektiven der Kinder verbaut sind, und der Eindruck, dass die politische Klasse sich darum nicht kümmert, sind wesentliche Faktoren für den Aufstieg des Rechtspopulismus. Dessen gesellschaftliche Basis ist ein historisch spezifisches Ressentiment. Den Einstellungen und Handlungen liegt das Gefühl chronischer Ohnmacht gegenüber erlittener Benachteiligung zugrunde. Das Ressentiment im Wortsinne ist ein Re-Sentiment, ein bloßes Wieder-Fühlen der Selbstwertverletzung. Die neoliberale Politik hat einerseits eine Aufwertung der Subjektivität in der gesellschaftlichen Wertschöpfung gefördert und gefordert. Andererseits sind weder die Leistungsansprüche noch der Selbstwert der Bürger*innen befriedigt worden. Mehr noch: Technologischer Wandel, Globalisierung sowie die Schwächung von Arbeitnehmerrechten haben in den letzten Jahrzehnten mit all ihren zerstörerischen Folgen – Selbstentmachtung der Nationalstaaten durch den Verzicht auf die staatliche Regulierung der globalisierten Finanzmärkte – die Basis für die Entstehung und Verbreitung sozialer Ungleichheit geschaffen, die sich in ein antistaatliches, gegen das Establishment gerichtetes Ressentiment umsetzt.

Einwandererströme und zunehmende Unterschiede zwischen Arm und Reich – die Furcht vor Folgewirkungen der Globalisierung – sowie die Abkoppelung der Eliten bescheren den rechten Populisten Argumente und Zulauf. Das Anschwellen der Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 wirkte gleichsam als Katalysator für eine Veränderung im Alltagsbewusstsein eines Teiles

der Bürger*innen in Richtung offener zutage tretender fremdenfeindlicher und Anti-Establishment-Haltungen und Mentalitäten. In Deutschland erlangen Wut, Apathie und Unzufriedenheit in Zivilgesellschaft und politischem Raum einen Resonanzboden und Adressaten. Mit der Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) 2013 und dem Aufkommen von Pegida im Herbst 2014 – und verstärkt durch die Flüchtlingsbewegung – setzt sich der Rechtspopulismus im politischen Raum fest.

In Westeuropa agieren die Parteien der Rechten vor allem gegen die EU und gegen Einwanderer, besonders solche muslimischen Glaubens bzw. muslimischer Herkunft. Angesichts der Aufwärtsbewegung der Rechtspopulisten in Österreich, Frankreich, den Niederlanden und des (Rechts-)Populismus in Italien besteht die Gefahr, dass sie eine unkontrollierbare Kettenreaktion ökonomischer und politischer Turbulenzen auslösen können.

Die zentrale These in diesem Buch lautet: Im Zuge der großen Krise, die seit 2008 die europäischen Länder sowie die EU als Ganzes erfasst hat, ist es nicht nur zu wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichgewichten, sondern auch zu einer zunehmenden politischen Instabilität gekommen. Die herrschenden Eliten erweisen sich mehr und mehr als unfähig, mit den Fehlentwicklungen der bürgerlichen Gesellschaften umzugehen. Die Enttäuschungen und die zunehmende Verunsicherung, das Gefühl, Politik sei nicht mehr in der Lage, Lösungen zu entwickeln, beziehen sich auf das gesamte traditionelle politische Spektrum, auch der politischen Linken.

2. Die Programmatik rechtspopulistischer Parteien

Rechtspopulisten definieren sich als die »wahren« Vertreter »ihres« Volkes (siehe z.B. die »Wahren Finnen«), eines Volkes, das ihres Erachtens schweren sozio-ökonomischen und identitätszerstörenden Gefährdungen ausgesetzt ist. Dazu zählen die Globalisierung und die Europäisierung (vor allem der Euro), die Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zerstören, sowie der Zustrom an Flüchtlingen und Migrant*innen, der die völkische Identität bedroht. Die herrschende politische Klasse, die Parteien der Mitte, sind nach Auffassung der Rechtspopulisten nicht in der Lage, »ihr« Volk vor diesen Bedrohungen zu schützen. Im Gegenteil, die weltoffene Politik der Parteien der Mitte erzeugt und verfestigt diese Gefährdungen.

Deshalb seien nur sie, die rechtspopulistischen Parteien, in der Lage, durch einen radikalen Politikwechsel »ihr« Volk zu befreien und zu retten.

Die Globalisierung soll durch eine protektionistische Außenwirtschaftspolitik zurückgedrängt werden, der Euro soll abgeschafft werden, um wieder nationale Autonomie in der Geld- und Finanzpolitik zu erlangen, und die Zuwanderung gelte es durch eine harte Politik der Festung Europa, durch Abschottungen, Abschiebungen und eine Kasernierung der Flüchtlinge radikal einzudämmen. In Bezug auf die Sicherung und Bewahrung des Wohlfahrtsstaats ist die Haltung der rechtspopulistischen Parteien wechselhaft. Mal unterstützen sie eine neoliberale Politik des Zurückdrängens des Wohlfahrtsstaats, mal fordern sie dessen Bewahrung und Ausbau, freilich immer nur zum Wohle der einheimischen Bevölkerung.

Das Gefühl der Kränkung ermöglicht die Ausprägung und das Bedienen ethnozentristisch-fremdenfeindlicher, nationalistischer oder antisemitischer Ideologieelemente und politisch-psychologischer Bedürfnisse. Die rechtsnationale Mobilisierung gründet in der unzureichenden Partizipation an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Sie ist aber auch ein Backlash gegen die Veränderungen des kulturellen Kapitals und gegen die Machtlosigkeit der Staatsapparate. Die Ursachen dieses kulturellen Wandels liegen in der gesellschaftlichen und ökonomischen Modernisierung: in Bildungsexpansion, Tertiärisierung und der zunehmenden Gleichstellung der Frau in Bildung und Arbeitsmarkt – zusammengefasst wird dies von der AfD in dem Bild: »Wir wollen weg vom links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland ... hin zu einem wehrhaften Nationalstaat.« Die Entfesselung des Ressentiments erstreckt sich über bewusst miteinander verknüpfte Themen wie Einwanderung, Kriminalität, Globalisierung, innere Sicherheit und nationale Identität.

Insgesamt ist die Programmatik der Rechtspopulisten nicht differenziert entwickelt und voller Inkonsistenzen. Wir konzentrieren uns im Folgenden v.a. auf die wirtschaftspolitischen Aspekte. Eine Umsetzung der von den Rechtspopulisten geforderten protektionistischen Maßnahmen und der Austritt aus dem einheitlichen europäischen Binnenmarkt und dem Euroraum würden eine massive ökonomische Krise in Europa und der Welt erzeugen, die ihre nationalistischen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Forderungen unter sich begraben würde.

Die Inkonsistenz ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik bedeutet allerdings nicht, dass die rechtspopulistischen Parteien mit ihrer Kritik an der Wirtschaftspolitik im Euroraum nach der Großen Krise 2008/2009 ebenso falsch lägen. In unserer Analyse der Eurokrise in Teil 1 dieses Buches werden wir zeigen, dass die herrschende Austeritätspolitik im Euroraum sich

zunächst krisenverschärfend ausgewirkt und hohe Arbeitslosenraten, den Abbau von Reallöhnen und Sozialleistungen erzeugt hat. Dies hat in denjenigen Staaten, die unter dieser neoliberalen Sparpolitik besonders stark zu leiden hatten, bei vielen Bürger*innen zu einer massiven Ablehnung der europäischen Wirtschaftspolitik geführt. In zwei der von uns untersuchten fünf Staaten, in Italien und in Frankreich, die beide nach der Großen Krise unter anhaltend hohen Arbeitslosenraten zu leiden hatten, sind diese durch die Austeritätspolitik erzeugten sozialen Probleme ein besonders entscheidender Faktor für den Aufschwung der rechtspopulistischen Parteien (siehe die Länderanalysen in Teil 3).

In allen von uns untersuchten fünf Staaten haben der Fiskalpakt, die Schuldenbremse, das Sparparadigma und die damit einhergehende Austeritätspolitik bei Teilen der Bevölkerung, vor allem in den Unterschichten und den unteren Mittelschichten, zu einer wachsenden sozialen Verunsicherung beigetragen. Die Sorgen um den Arbeitsplatz, das Einkommen und den sozialen Schutz wurden größer, die Kritik an der zunehmenden Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen wuchs. In dieser Lage konnten die rechtspopulistischen Parteien die Politik der Parteien der Mitte anprangern und die Ressentiments gegen die »unfähige« und »korrupte« herrschende politische Klasse schüren. Ebenso konnten sie angesichts der seit 2015 stark steigenden Flüchtlingszahlen mit einigem Erfolg die sozialen Abstiegsängste der unteren Schichten, ihre Wut und ihren Hass, auf die Migrant*innen ableiten und diese so zu Sündenböcken abstempeln. »Die bekommen alles, und wir bekommen nichts« ist eine auch in Deutschland seit 2015/2016 häufig zu hörende Anklage gegen eine Willkommenskultur in der Flüchtlingspolitik.

Da die Parteien der Mitte, aus Angst vor dem weiteren Aufschwung des Rechtspopulismus, in ihrer Flüchtlingspolitik sehr rasch von der Willkommens- zur Abschottungspolitik umschwenkten, bestätigten und verfestigten sie die Politik der rechtspopulistischen Parteien in der Flüchtlingsfrage. Die Parteien der Mitte machten nun genau das, was die Rechtspopulisten schon immer gefordert hatten, sodass Teile der Bevölkerung deren Verdikt von der »Überfremdung« des eigenen Volkes als von vornherein berechtigte Kritik an der Willkommenspolitik empfinden mussten. Die Ressentiments gegenüber Flüchtlingen und Migranten, deren Funktion als Sündenböcke für die sozialen Abstiegsnöte, wurden dadurch im erheblichen Maße verstärkt (vgl. dazu Teil 2).

3. Unterschiedliche Faktorenbündel erklären den Aufschwung des Rechtspopulismus

Die zunehmende soziale Ungleichheit, verschärft durch die Austeritätspolitik der EU sowie der Katalysatoreffekt der Flüchtlingskrise waren der Nährboden für den Aufschwung der rechtspopulistischen Parteien. In den Länderanalysen (Teil 3) haben wir den Rechtspopulismus in Italien, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und Deutschland¹ anhand von fünf Einflussfaktoren untersucht: der sozio-ökonomischen Situation vor dem Hintergrund der Austeritätspolitik der EU, der Entwicklung und Wahrnehmung der sozialökonomischen Ungleichheit, der politischen Stabilität/Instabilität der Länder, der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik sowie des historisch-kulturellen Hintergrunds in Bezug auf den Rechtspopulismus. Diese fünf Faktoren haben in all diesen Ländern Einfluss auf die Entwicklung der rechtspopulistischen Parteien gehabt. Allerdings unterscheidet sich von Land zu Land die Bedeutung der einzelnen Faktoren, sodass sich insgesamt jeweils ein anderes Faktorenbündel ergibt.

In Italien waren die sozioökonomische Krise und die politische Instabilität seit den 1990er Jahren die relevantesten Einflussgrößen für die Entwicklung des Populismus. In Frankreich haben die sozio-ökonomische Entwicklung, vor allem die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, sowie die besondere Einwanderungs- und Flüchtlingssituation des Landes die wichtigste Bedeutung. Aber auch die spezifische Verarbeitung der Vichy-Vergangenheit und des Kolonialismus ist von großer Relevanz. In den Niederlanden spielen für den jüngsten Aufschwung der rechtspopulistischen Partij voor de Vrijheid (PVV) die harte Sparpolitik der zweiten Regierung Rutte sowie die zunehmende Verunsicherung der unteren und mittleren Schichten aufgrund der gewachsenen sozialen Ungleichheit die größte Rolle. Die langjährige rechtsnationalistische Tradition Österreichs, die in Gesellschaft und Politik bis heute nicht ausreichend kritisch aufgearbeitet worden ist, erklärt, dass

¹ Wir haben uns in der Untersuchung des Rechtspopulismus in der EU auf die fünf genannten Staaten konzentriert, weil in diesen Ländern zwischen dem Frühjahr 2017 und dem Frühjahr 2018 wichtige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattgefunden haben. In allen fünf Staaten war vor den Wahlen die Sorge sehr groß, dass die rechtspopulistischen Parteien stark an politischem Einfluss gewinnen könnten.

4. Wachsende Instabilität durch Erstarken des Rechtspopulismus 15

die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen und angenommen worden ist.

Ohne diesen historischen Hintergrund sind die aufgeladenen Ressentiments gegenüber den Flüchtlingen nicht zu verstehen, deren Zahl sich in Grenzen hält und inzwischen sogar stark rückläufig ist. Im ökonomisch stabilen Deutschland wiederum sind die unteren Schichten, die im großen Niedriglohnsektor des Landes arbeiten, sozial stark verunsichert. Darüber hinaus haben die wachsende soziale Ungleichheit sowie die düsteren Perspektiven der Alterssicherung auch in der Mittelschicht Abstiegsängste erzeugt. Dies ist der soziale Nährboden des Rechtspopulismus, dem es in der Zeit stark wachsender Flüchtlingszahlen auch gelungen ist, Ängste, Wut und Hass auf die Migrant*innen abzuleiten.

4. Wachsende politische Instabilität in der EU durch das Erstarken des Rechtspopulismus

Unsere Länderanalysen zeigen nicht nur die zunehmende Erstarkung des Rechtspopulismus, sie offenbaren darüber hinaus eine wachsende Instabilität im Parteiensystem in den untersuchten Ländern. In Italien ist die politische Instabilität so groß, dass nach den Wahlen im März 2018 durchaus eine antieuropäische Regierungskoalition aus dem Movimento Cinque Stelle (M5S), der Lega (Nord) und den Fratelli d'Italia gebildet werden könnte. Neben diesem »worst case« für die EU ist auch ein weiterer Alptraum möglich: eine Regierungskoalition unter Führung von Berlusconi's rechtem Dreierbündnis (Forza Italia, Lega Nord und Fratelli d'Italia).

Die Zunahme der politischen Instabilität wird in letzter Zeit nicht nur an der zunehmenden Zersplitterung der Parteienlandschaft bzw. an der Zerstörung ehemals stabiler Parteienkonstellationen sichtbar, sondern auch am Trend zu »Führer«-Parteien (siehe Teil 3, Abschnitt 6.2).

5. Entwicklungspfade für die EU – Zerstörung oder Stabilisierung?

Für die aktuelle Reformdebatte in der EU, die sich seit über einem Jahrzehnt in der schwersten Krise seit Beginn der Integration befindet, sind die beschriebenen Entwicklungstrends – das Erstarken des Rechtspopulismus, der Rechtsruck in Ländern wie Österreich und den Niederlanden

sowie die zunehmende politische Instabilität in einigen Mitgliedstaaten – eine schwere Hypothek.

Schon die harte Austeritätspolitik, mit der die Eurozone auf die Große Finanzkrise antwortete, hat den Integrationsprozess stark geschwächt. Im Gefolge dieser Politik sank nicht nur die Akzeptanz der EU – selbst in Ländern wie Italien, die einst zu glühenden Anhängern der Integration zählten. Darüber hinaus erstarkte angesichts der sozio-ökonomischen Schwierigkeiten der Rechtspopulismus, was in den Europawahlen 2014 besonders sichtbar wurde. Dieser Rechtsruck wiederum hat alle in den Jahren 2011 bis 2013 diskutierten grundlegenden Reformvorschläge (Blaupause der Barroso-Kommission; Andor-Plan für eine soziale Wirtschafts- und Währungsunion [WWU]) zur Überwindung der Strukturdefizite der Eurozone zur Makulatur gemacht. Pläne zur Einführung einer Europäischen Fiskalpolitik (Wirtschaftsregierung), einer nachhaltigen Stärkung des Haushalts, um symmetrische und asymmetrische wirtschaftliche Krisen besser bekämpfen zu können, zur Einführung von Eurobonds und zur Verwirklichung einer sozialen Komponente der WWU, verschwanden nach den Europawahlen 2014 in der Schublade, weil Vertragsrevisionen angesichts des Rechtsrucks als illusionär betrachtet wurden.

Neben diesen sozio-ökonomischen Problemen verstärken der Brexit, die ungelösten Fragen der EU-Flüchtlingspolitik sowie die Unterhöhlung der demokratischen Verfassungsordnungen in Osteuropa, vor allem in Polen und Ungarn, die Integrationskrise der EU. Um diesem ökonomisch, politisch und kulturell destruktiven Zirkel zu begegnen, braucht es eine transparente und demokratisch kontrollierte Erneuerung der Eurozone und der EU. Dies gilt für die »Basics«, die Ökonomie und Finanzpolitik, aber ebenso für eine proeuropäische Grundhaltung, die ein Verständnis davon entwickelt, dass eine an gemeinsamen Zielen orientierte Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik gerade im Interesse derjenigen ist, die sich europaweit und in einzelnen Regionen abgehängt sehen. Dies macht eine pro-europäische Orientierung realistisch – und attraktiv. Sie sollte das Ziel aller demokratischen Parteien sein – diesseits eines neoliberalen Designs der bürgerlich-liberalen Parteien, des rechten Flügels der Konservativen und der vereinigten Rechtspopulisten aller europäischen Länder.

Damit stellt sich die Frage, welchen Entwicklungspfad die EU in den kommenden Jahren einschlagen wird. Dieser Frage ist Teil 4 dieses Buches gewidmet. Wir werden zunächst das Szenario der Zerstörung von Eurozone und EU darstellen und danach die Schritte aufzeigen, die im Integrations-

5. Entwicklungspfade für die EU – Zerstörung oder Stabilisierung? 17

prozess für eine Stabilisierung von Eurozone und EU getan werden müssten. Dabei unterscheiden wir zwischen einem – zurzeit wenig wahrscheinlichen – grundlegenden Reformszenario, das zu einem Supranationalisierungsschub und einem neuen europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell führen würde, und einem minimalen politisch-kulturellen Stabilisierungskonzept, das die politischen und ökonomischen Reformen beinhaltet, die in Eurozone und EU in Angriff genommen werden müssten, um den Integrationsprozess zumindest zu stabilisieren und den weiteren Zerstörungsprozess zu verhindern.

In diesem Konzept geht es darum, den Abwärtstrend, in dem sich die EU momentan befindet, zu stoppen und neues Vertrauen in den Integrationsprozess zu schaffen. Das Konzept unterschreitet deutlich das Niveau des gerade beschriebenen Modells einer zusätzlichen Supranationalisierung der EU und eines alternativen europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, geht aber wesentlich weiter als die moderaten Reformvorschläge, die 2017 von der Europäischen Kommission initiiert worden sind.

Sollte auch dieses moderate Mindest-Stabilisierungskonzept nicht durchsetzbar sein, blieben Eurozone und EU auf der schiefen Ebene. Zu den Europawahlen 2019 würde sich die EU den Bürger*innen weiterhin in einem desolaten Zustand präsentieren. Sie wird einige Potemkinsche Dörfer, etwa in Gestalt der Säule sozialer Rechte in der EU, vorweisen können, aber in den großen Fragen weiterhin nackt wie der Kaiser ohne Kleider dastehen. Weder die Strukturfragen der WWU, noch ein europäischer Verteilungsmechanismus in der Flüchtlingsfrage, noch ein Stopp der Unterhöhlung demokratischer Verfassungsgrundsätze in Polen und Ungarn, noch ein Austrocknen der Steueroasen in Großbritannien, Irland, den Niederlanden, Luxemburg und Malta wird 2019 auf der Habenseite der Reformen der EU zu erkennen sein.

Für die rechtspopulistischen Parteien sind dies willkommene Argumente, die sie gegen die EU ins Feld führen können. Eine weitere Rechtsverschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa jedoch wird die beschriebene wachsende politische Instabilität in der EU und die Gefahr ihrer internen Zerstörung weiter befördern.